

ANTRAG 5

der **NÖAAB-FCG – AK Fraktion**
an die **2. AK-NÖ Kammer-Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode**
am **16. November 2009**

Mehr Steuergerechtigkeit

Die mit 1. Jänner 2009 umgesetzte Steuerreform ist ein wichtiger und richtiger Entlastungsschritt für jene, die noch Steuern zahlen, und für die Familien. Es muss jedoch auch dafür gesorgt werden, dass die Verpflichtung zur anteilmäßigen Finanzierung des gemeinwohlorientierten Staates durch Steuer- und Abgabenleistung von allen wahrgenommen wird.

- ⇒ Für die künftigen Reformen fordern wir daher, dass der gemeinwohlorientierte Staat wieder ausgewogener finanziert wird. Nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Klein- und Mittelbetriebe sondern auch international agierende und große Unternehmen müssen ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung des gemeinwohlorientierten Staates leisten.
- ⇒ Es müssen daher Steuerausstände eingehoben werden und Maßnahmen gesetzt werden, dass auch international agierende Unternehmen in jenen Ländern, wo sie produzieren und ihre Produkte verkaufen, Steuerleistungen erbringen.
- ⇒ Den weiteren Ausbau von Entlastungsmaßnahmen für Familien. Eine umfassende Tarifreform muss dazu führen, dass die Eingangssteuersätze deutlich sinken und der Höchststeuersatz erst bei einem höheren Jahresbruttoeinkommen greifen soll.
- ⇒ Faire Besteuerung von Vermögenszuwachs. Anstelle einer Vermögenssteuer, die bereits versteuertes angespartes Eigentum auffressen würde, fordern wir eine gerechte Besteuerung des Vermögenszuwachses. Es ist nicht einzusehen, dass die KESt für kleine Sparer 25 % beträgt, während der Vermögenszuwachs in Stiftungen nur mit 12,5 % besteuert wird. Weiters wollen wir eine Anhebung der 1-Jahresgrenze der Spekulationssteuer sowie deren effiziente Kontrolle und die Einführung einer Devisentransaktionssteuer.
- ⇒ Statt einer Ausweitung der Negativsteuer fordern, dass Menschen mit einer 40 Wochenstunden-Beschäftigung so viel verdienen müssen, dass sich das Thema Negativsteuer gar nicht stellt. Vielmehr fordern wir mindestens einen Lohn von 150 % des Ausgleichszulagenrichtsatzes (das wären knapp 1.150 Euro). Das System der Negativsteuer ist auch deshalb abzulehnen, weil es sich um eine versteckte Lohnsubvention handelt, eine überwiegend von den Arbeitnehmern finanzierte Umverteilung stattfinden würde und steuerfinanzierte Lohnsubventionen das Entstehen prekärer Beschäftigungsverhältnisse begünstigt.

Die NÖAAB-FCG - AK Fraktion stellt in der 2. Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag die Bundesregierung aufzufordern auf für mehr Steuergerechtigkeit für die Lohnsteuerzahler - zum Beispiel durch Einführung einer Devisentransaktionssteuer, das Anheben der Jahresgrenze bei der Spekulationssteuer, Einhebung der ausständigen Steuer- u. Abgabenleistungen, gerechte Besteuerung der Stiftungen usw. zu sorgen.

NÖAAB-FCG - AK Fraktion

Windmühlgasse 28, 1060 Wien

Telefon: 01/58883-1290, Fax: 01/58883-1299, Email: franz.hemm@aknoe.at